

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 24.11.2018

Von Sophia Boddenberg, Buenos Aires

24.11.2018

Eine andere Welt aufbauen

Proteste gegen G-20-Gipfel in Argentinien



Kritisches Denken gegen kapitalistische Logik: Auftakt der Clacso-Konferenz am vergangenen Montag in Buenos Aires

Foto: Martin Acosta/Reuters

Wenige Tage vor der Ankunft von Angela Merkel, Emmanuel Macron, Donald Trump und 17 weiteren Staats- und Regierungschefs haben in Argentinien die Proteste gegen den

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

G-20-Gipfel begonnen, der am 30. November und 1. Dezember in Buenos Aires stattfinden soll. Eine Aktionswoche gegen das Treffen sollte am Freitag abend (Ortszeit) mit einer ersten Großdemonstration starten. Die Straßenverkäufer der Metropole haben neben den grünen Halstüchern der Frauenbewegung gegen die Kriminalisierung von Abtreibungen längst auch Buttons und Sticker im Angebot, auf denen »Fuera G 20« steht: »G 20 raus«.

Die Aktionen richten sich nicht nur gegen den G-20-Gipfel, sondern gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik des argentinischen Staatschefs Mauricio Macri und die Auflagen des Internationalen Währungsfonds, in dessen finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit Argentinien unter der Rechtsregierung wieder geraten ist. Erwerbslosigkeit und Inflation haben Rekordwerte erreicht, immer mehr Menschen rutschen in die Armut ab. Durch die Kürzungsprogramme wird das Leben immer teurer. Die Stimmung in Buenos Aires ist explosiv, viele Argentinier sind wütend auf die Regierung. »Seit Macri an der Macht ist, gibt es immer mehr Menschen, die nicht genug zum Überleben haben. Ich sehe immer wieder Menschen, die im Müll nach Essen suchen. Das gab es früher nicht«, sagt ein Straßenverkäufer, der Fotos früherer Protestmärsche verkauft. Er wünscht sich, dass Cristina Fernández de Kirchner in das höchste Staatsamt zurückkehrt.

Am vergangenen Montag hatte Fernández gemeinsam mit Brasiliens Expräsidentin Dilma Rousseff das vom Lateinamerikanischen Rat der Sozialwissenschaften (Clacso) initiierte »Weltforum kritischen Denkens« eröffnet. Das wurde oft auch als »Gegengipfel« zum Treffen der G 20 bezeichnet. Davon wollte Fernández jedoch nichts wissen: »Wir sind kein Gegengipfel. Wir stehen für das kritische Denken des Volkes«, sagte sie bei ihrer Rede vor etwa 10.000 Menschen. »Wir müssen alle Gruppen vereinen, die durch den Neoliberalismus angegriffen werden.« Die lateinamerikanische Linke dürfe nicht immer nur gegen die Rechte sein, sondern müsse stärker am eigenen politischen Programm arbeiten. Die Expräsidentin ist bei den Argentinern immer noch sehr beliebt. Das Publikum applaudierte begeistert, auf der Straße werden T-Shirts und Plakate mit ihrem Konterfei verkauft.

An der am Freitag zu Ende gegangenen Veranstaltung nahmen insgesamt mehr als 50.000 linke Akademiker, Politiker und Aktivisten teil, unter ihnen auch Boliviens Vizepräsident Álvaro García Linera und der ehemalige brasilianische Präsidentschaftskandidat Fernando Haddad. Leandro Morgenfeld vom Bündnis »Confluencia Fuera G 20 – FMI«, einem Zusammenschluss sozialer Bewegungen gegen den G-20-Gipfel und den Internationalen Währungsfonds, sprach im Forum »Globale Hegemonie in der Diskussion – G 20 und

internationale (Un-)Ordnung«. Auch er betonte: »Uns wird vorgeworfen, dass wir immer ›dagegen‹ sind und nichts Neues vorschlagen. Deshalb wollen wir soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Bauern-, Studenten- und Menschenrechtsorganisationen zusammenbringen, um gemeinsam eine Alternative zu erarbeiten. Eine andere Welt ist möglich, und die wollen wir erschaffen.« Am 28. und 29. November soll deshalb ein »Gipfel der Völker« in Buenos Aires stattfinden, für den 30. November ist ein großer Protestmarsch gegen die G 20 im Zentrum der Hauptstadt geplant. »Der Gipfel diskutiert die Agenda der großen transnationalen Konzerne, die im Gegensatz zu den Interessen des Volkes steht«, erläuterte Morgenfeld. »Er ist antidemokratisch, lässt die Zivilbevölkerung nicht teilnehmen und repräsentiert nicht die Interessen des globalen Südens.«

Die Bewegung gegen den G-20-Gipfel befürchtet umfangreiche Repressionsmaßnahmen durch die Polizei und andere Einsatzkräfte. Die Behörden haben den 30. November zum arbeitsfreien Feiertag erklärt, um ein Verkehrschaos in Buenos Aires zu verhindern, das 20.000 eingesetzte Beamte mit ihren unzähligen Kontrollen und Straßensperren sonst anrichten würden. Sicherheitsministerin Patricia Bullrich riet den Einwohnern sogar, die Stadt während des Gipfeltreffens zu verlassen. Damit sorgte sie jedoch vor allem für Empörung, viele Menschen wollen nun erst recht gegen das Treffen der Reichen auf die Straße gehen.